

Sparkassen Zeitung



www.sparkasse.at



Plädoyer für europäische Einigung
Der Wiener Neo-Gemeinderat
Alexander Van der Bellen am
Österreichischen Sparkassentag
>> Seite 3



Kommunikation über Nachhaltigkeit
Studie über die Berichterstattung
von deutschen, Schweizer und
österreichischen Unternehmen.
>> Seite 5



Der eine geht, der andere kommt
Wo liegen die Unterschiede
zwischen den Rettungsschirmen?
>> Seite 7



Friedrich Mostböck: „Die Ratingagenturen sollten in die Pflicht genommen werden.“

„Die Aktie drängt sich Anlegern weiterhin auf“

Die Aktienmärkte haben gegen Jahresende 2012 ordentlich zugelegt. Angesichts der verhaltenen Konjunkturerwartungen eine überraschende Entwicklung? Nicht ganz, denn die anhaltende Niedrigzinsphase veranlasst viele Anleger, sich wieder mit den Börsen zu beschäftigen. Für das erste Halbjahr des kommenden Jahres darf mit einer „moderaten“ Fortsetzung des Trends gerechnet werden. „Die Aktie ist für den Anleger jetzt eine sehr interessante Alternative“, meint Fritz Mostböck, Leiter Research Erste Group.

Die internationalen Aktienmärkte haben in den vergangenen Wochen eine Performance hingelegt, die teilweise selbst Optimisten überrascht hat. Wie passt das serienweise Erreichen von Jahreshöchstständen zum konjunkturellen Umfeld vieler europäischer Industriestaaten, die gegen rezessive Tendenzen ankämpfen?

„Bei weiterhin anhaltender Niedrigzinsphase drängt es sich für Anleger auf, die Aktie wiederzuentdecken“, meint Fritz Mostböck in einem Gespräch mit der Sparkassenzeitung. Vor allem institutionelle Anleger („von denen einige den bisherigen Aufschwung verschlafen haben“) wenden sich wieder mehr den Dividententiteln

zu, wenn es ihre jeweiligen Veranlagungsrichtlinien zulassen.

„Aktienkäufer wechseln vom Sektor- zum Länderansatz.“

Staatsanleihen bringen kaum noch Ertrag, und in Gold sollte man höchstens 10 Prozent des verfügbaren Vermögens investieren. Also bleiben noch interessante Unternehmensanleihen („Gute Blue Chips sollte man diesbezüglich im Auge behalten.“) und die Akti-

en, so der Chefvolkswirt der Erste Group.

Für 2012 sei mit einem Kursplus von 20 bis 25 Prozent zu rechnen, wobei sich der ATX überdurchschnittlich gut entwickelt habe. Dabei habe sicherlich eine Rolle gespielt, dass die Märkte des CEE-Raums noch immer – wenn auch weniger – Wirtschaftswachstum aufweisen. Was einige ATX-Werte zusätzlich interessant macht.

„Wir können jedoch nicht davon ausgehen, dass sich der gegenwärtige Börsetrend unverändert im kommenden Jahr fortsetzt“, dämpft Mostböck den Jahresend-Optimismus. Er rechnet für das erste Halbjahr 2013 mit einem Kursanstieg in der Dimension von 10 bis 12 Pro-

Meine Meinung



Der Steine sind genug geworfen

Was da in den vergangenen Monaten an Spekulationsphantasie bei der Veranlagung von Geldern heimischer Gebietskörperschaften sichtbar geworden ist, das lässt so manchen hartgesottenen Investmentbanker blass aussehen. Abgesehen von den Ereignissen in Salzburg, die offensichtlich eine Besonderheit an krimineller Energie darstellen: Wenn etwa in der Bundeshauptstadt mehr als ein Drittel des aushaftenden Obligos der Gemeinde noch immer auf Kredite in Schweizer Franken entfällt und vom Linzer Bürgermeister exorbitante Verluste aus hochriskanten Derivatgeschäften bejammert werden, dann fragt man sich als Sparkassenverantwortlicher schon: Wer wirft da endlich den letzten Stein? So wie sich die Mehrzahl der österreichischen Bürgermeister derzeit mit Recht dagegen verwahrt, mit jenen Gemeindeverantwortlichen, die mit SWAPS und Hochzinsanleihen ins kameralistische Schleudern gekommen sind, in einen Topf geworfen zu werden, so verwahren wir uns als Sparkassengruppe gegen das undifferenzierte Eindreschen auf die Banken.

Das Jahr 2012 geht zu Ende. Es war – wie das euphemistisch in diesen Tagen so schön heißt – durchaus „herausfordernd“. Manche von uns werden eher zum Schluss kommen, es sei ein Annus horribilis gewesen. Wie auch immer – es wäre Zeit für die Rückkehr der Sachlichkeit!

Einige Missverständnisse sollten nämlich zu Jahreswechsel ausgeräumt sein: Die Finanzkrise war und ist eine der Staatsverschuldungen und nicht des Euro. Die Bankenkrise ist primär eine der Zocker im Investmentbanking, aber auch eine Folge von Immobilienblasen, bei denen immer erst finanziert und dann die Nachfrage gesucht wird. Siehe Spanien!

Es war auch ein Jahr, in dem praktisch im Wochenabstand auf europäischer wie nationaler Ebene neue Regularien und neue Regulatoren für die Kreditwirtschaft „erfunden“ und gelegentlich bald wieder verworfen worden sind. Im Gleichklang der „patriotischen Gefühle“ hat die Politik darüber hinaus gefordert, die Banken müssten für die von ihnen verursachte Krise zusätzlich Steuern zahlen, gleichzeitig jedoch auch die Eigenmittelquote spürbar erhöhen. Dabei hätten sie jedoch auf Kostensteigerungen für ihr Dienstleistungsangebot zu verzichten, ja mehr noch, der unter Wachstumsschwäche leidenden Wirtschaft hätten sie jederzeit günstige Kredite zur Verfügung zu stellen! Nur keine Kreditklemme ... Daher wünsche ich mir für uns alle: im Jahre 2013 die Rückkehr zur rationalen und differenzierten Betrachtungsweise. Die Kreditwirtschaft wird für die Finanzierung risikobereiter Unternehmer dringender denn je gebraucht. Die Politik muss sich – nach einer Periode des Bashings der Banken – dieser unserer Funktion wieder bewusst werden. Darüber hinaus hat sie endlich rechtliche Voraussetzungen für unkonventionelle Finanzierungsformen wie das „Crowd Funding“ des engagierten Waldviertler Unternehmers Staudinger sowie für die Eigenmittelfinanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen zu schaffen! Daran sind dann Regulative und Rahmenbedingungen vernünftig und nachvollziehbare auszurichten. Mit Realitätssinn und Augenmaß. Der Steine sind genug geworfen. Viele sogar aus dem Glashaus ...

Michael Ikrath
Generalsekretär des Sparkassenverbandes

Name und Anschrift:

SPARKASSEN NEWS

Mazedoniens Präsident in der Steiermärkischen Sparkasse

Der Staatspräsident der Republik Mazedonien, Gjorge Ivanov, und der mazedonische Botschafter Gjorgij Filipov besuchten die Steiermärkische Sparkasse und diskutierten mit dem Vorstand über die aktuelle politische und wirtschaftliche Lage sowie über die strategischen Pläne der Steiermärkischen Sparkasse in der Region Südosteuropa.



Botschafter Gjorgij Filipov, VDir. Sava Dalbokov, Präsident Gjorge Ivanov und die Vorstandsmitglieder Gerhard Fabisch und Franz Kerber

Zeugnis für exzellente Renditen

Beim zwölften Österreichischen Dachfonds-Award des GELD-Magazins konnten die Dachfonds der Sparkassengruppe nahtlos an die Erfolge der Vorjahre anschließen. Mit einem ersten Platz für den PRIVATE BANKING MANAGEMENT PROGRAM-REAL ESTATE sowie drei zweiten und fünf dritten Plätzen sicherten sich die Anlageprofis der Sparkassengruppe insgesamt neun Dachfonds-Awards.

In der Elite der Vermögensverwalter

Die Tiroler Sparkasse zählt zu den besten Vermögensverwaltern im deutschsprachigen Raum. Das ist das Ergebnis des „Elite Reports 2013“ und eines Tests der deutschen Finanzzeitung „Handelsblatt“. Als einziges Haus am Innsbrucker Bankenplatz sowie als eines von nur zwei Häusern aus Tirol wurde das Private Banking der Tiroler Sparkasse in diesen honorigen Kreis aufgenommen.

Auszeichnung für Alexander Klik

Der frühere Bürgermeister der Stadt Horn, Alexander Klik, wurde mit dem „Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um das Bundesland NÖ“ ausgezeichnet. Klik ist auch Vorsitzender des Aufsichtsrats der Sparkasse Horn-Ravelsbach-Kirchberg; die Vorstandsmitglieder Helmut Scheidl und Manfred Wielach sowie Rudolf Warringer von der Anteilsverwaltungsparkasse gratulierten herzlich.



Helmut Scheidl, Manfred Wielach, Alexander Klik und Rudolf Warringer



„10 bis 12 Prozent Anstieg beim ATX könnten es 2013 werden.“

zent. Größere Erwartungen hält er derzeit für übertrieben. Einer der Gründe für den verhaltenen Optimismus: „Der gegenwärtige Kursanstieg basiert auf vergleichsweise geringen Umsätzen. Das ist kein Indiz für eine nachhaltige Rallye, denn es zeigt, dass viele Anleger noch nicht zurück sind. Wir werden im nächsten Jahr immer wieder erleben, dass äußere Ereignisse die Börsen kurzfristig wieder verunsichern ...“

Und wenn Aktien, welche dann? Hier ortet Mostböck einen interessanten Paradigmenwechsel: „Es geht weg vom Sektorenansatz hin zum Länderansatz. Während früher die Branche für das Investment entscheidend war, so konzentriert sich mittlerweile das Interesse auf das jeweilige Land. Das heißt: Wird ein Land für sicher und wachstumsträchtig gehalten, dann ist dies derzeit eher das entscheidende Investitionsmotiv und nicht mehr die Branchenüberlegung.“

Generell bleibt jedoch Vorsicht angesagt. Noch seien zu viel Verunsicherung und somit Volatilität in den Märkten: „Die Finanzkrise, die eigentlich eine Staatsschuldenkrise ist, begleitet uns weiter, sie ist nicht vorbei.“ Obwohl die Rahmenbedingungen etwa in den USA und in Großbritannien teilweise schlechter sind als im Euroraum, sei es eben „keine Kunst, die kleinen Länder in der Eurozone anzugreifen“. Dabei liege die Staatsschuldenquote etwa der USA mit 110 Prozent deutlich höher als jene der Eurozone von 93 Prozent. Auch das Triple A für Großbritannien sei seit einigen Jahren durchaus zu hinterfragen.

Aber: „Die „Euro-Zone ist angreifbar, denn wir haben hier 17 souveräne Staaten mit 17 verschiedenen Fiskalpolitiken, 17 unterschiedliche Rentenmärkte und letztlich sehr differenzierte Renditekurven in der Refinanzierung der öffentlichen Hand. Das macht den Angriff

vergleichsweise leicht“, skizziert Mostböck die Ausgangslage in einem Wirtschaftsraum mit gemeinsamer Währung, jedoch unterschiedlicher Fiskalpolitik.

„Es war wahrscheinlich der Sündenfall der Währungsunion, Griechenland in den Euroraum aufzunehmen.“

„US-Schuldenquote liegt bei 110 Prozent“

Im CEE-Raum deutlich geringere Schuldenquote

Dennoch glaubt Mostböck nicht an das Auseinanderfallen des Währungsraums. Viele makroökonomische Indikatoren wie etwa Kaufkraftparitäten, internationale Wettbewerbsfähigkeit oder Ersparnisbildung seien besser als in den Vereinigten Staaten oder in Großbritannien. Auch die bessere Ausgangslage in den CEE-Ländern – mit Ausnahme Ungarns – werde noch immer unterschätzt. „Wir haben in diesen Ländern eine Staatsverschuldung, die unter der Maastricht-Grenze liegt. Die Volkswirtschaften haben noch immer Wachstum, wenn auch die Dynamik stark nachgelassen hat.“

Doch immerhin: 1 bis 2 Prozent sind durchaus eine realistische Erwartung“, so Mostböck.

Ratingagenturen, die diese Zusammenhänge außer Ansatz ließen, sollte man zur Verantwortung ziehen. So sei etwa die Herabstufung Österreichs durch Standard & Poors eine Fehleinschätzung gewesen, was sich nicht zuletzt in den gesunkenen Refinanzierungskosten der Republik Österreich dokumentiere. „Der Kapitalmarkt ist ja schließlich keine Spaßveranstaltung.“ Das müsse man den Agenturen immer wieder klar machen, so Mostböck.

ATX im Aufwind

Die positivere Ausgangslage in den CEE-Ländern der Währungsunion gehöre berücksichtigt. Er sieht nicht zuletzt deshalb den ATX in den ersten Monaten des kommenden Jahres ebenso im leichten Aufwind wie den DAX.

Zurück zum Anleger, der derzeit – außerhalb der Börsen und einiger Unternehmensanleihen – kaum Realverzinsung lukriert.

Wird also das kommende Jahr zur Renaissance der Investmentfonds? Mostböck teilt den aktuellen Optimismus bei den KAG. „Das Fondsgeschäft wird sich im kommenden Jahr verhalten positiv entwickeln.“

-üh-

„Quartier Belvedere“ – das neue Viertel in Wien

Das Quartier Belvedere ist das neue Stadtviertel um den neuen Hauptbahnhof Wien auf dem ehemaligen Areal des Südbahnhofs. Hier wird auch der Erste Campus, das neue Headquarter der Erste Group, gebaut. Die Vision für die Entwicklung des Quartier Belvedere haben die Eigentümer und Entwickler der einzelnen Projekte gemeinsam ausgearbeitet. Derzeit arbeiten Erste Group, Erste Group Immorent, S IMMO AG, Seeste Bau AG, Strauss & Partner Development und SIGNA Development in enger Abstimmung mit den Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) und der Stadt Wien an der Weiterentwicklung von Standortvision und -marketing zusammen.

Zur Inspiration von Architekten und Nutzern wurde dazu im Rahmen eines „Tages der offenen Baustelle“ am neuen Hauptbahnhof das Buch „Quartier Belvedere“ veröffentlicht.

Nationalstaat – Orthodoxen keine Chance geben

Ein leidenschaftliches Plädoyer für den europäischen Einigungsprozess sowie für eine realistische Sicht der krisenhaften Rahmenbedingungen auf den Finanzmärkten hielt Alexander Van der Bellen am diesjährigen Österreichischen Sparkassentag. Der Wiener Neo-Gemeinderat und langjährige Wirtschaftsprofessor an der Universität Wien faszinierte die Zuhörer einmal mehr mit seiner bewährten Mischung aus unaufgeregter Betrachtungsweise und einer gepflegten Portion britischen Humors.



Alexander Van der Bellen: „Griechenland ist nicht illiquid, sondern insolvent. Den Unterschied brauche ich hier nicht gesondert zu erklären.“

Erneut stand ein Krisenwochenende der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Währungsunion unmittelbar bevor. Ein anderes war kurz vorher mit wenig substantiellem Ergebnis über die Brüsseler Bühne gegangen.

Es ging – wenig verwunderlich Ende Oktober dieses Jahres – neuerlich um Griechenland. Van der Bellen meinte, für ihn sei Griechenland nicht der Auslöser der Turbulenzen auf den Finanzmärkten, sondern ein Symptom für eine wesentlich weiter reichende Verschuldungskrise. Er verzichtete auf

„Wünsche mir, in weniger interessanten Zeiten zu leben.“

die beschönigend-kalmierenden Formulierungen, die so manchen Politikern rund um Hellas eigen ist. „Griechenland ist nicht illiquid, sondern insolvent“, so das schnörkellose Urteil des Wirtschaftsprofessors. „In diesem Kreis brauche ich ja den Unterschied nicht zu erklären, bei meinen Parteifreunden gelegentlich schon“, so der Nationalökonom zum Gaudium der versammelten Sparkassen-Entscheidungsträger.

Die Auslöser der aktuellen Malaise seien nur teilweise die Banken gewesen. Jedenfalls halte er weiter „Hair Cuts“ in Sachen nachhaltige Entschuldung Griechenlands für unvermeidlich, so Van der Bellen. Die Ereignisse der nachfolgenden Wochen sollten ihm Recht geben.

Die Kausalkette der aktuellen Krise sieht er von Fehlentwicklungen in den USA über Irland und Spanien bis Athen reichen. Es gebe keine Eurokrise, sondern eine Krise des Vertrauens der Finanzmärkte in die Fiskalpolitik

einiger Länder sowie eine multilaterale Krise des Vertrauens der Märkte zueinander.

Van der Bellen sprach sich vorbehaltlos für eine europäische Bankenaufsicht unter prominenter Einbeziehung der EZB aus. Weiters urgierte er eine Insolvenzregelung für Banken auf europäischer Ebene. „Wir brauchen eine Lösung für das Phänomen des too big to fail.“ Eine Bank gehe im Regelfall höhere Risiken ein, wenn sie sich sicher sein könne, dass andere das „Moral-Hazard-Problem“ dann schon lösen werden. Auch eine klare Regelung bei der Einlagensicherung sei unvermeidlich. „Warum sollen die Steuerzahler des Landes X für die Einlagen des Landes Y die Haftung übernehmen?“ Darüber hinaus sprach sich Van der Bellen für die volle Funktionsfähigkeit des ESM (European Stability Mechanism) aus.

Für eine europäische Föderation

Auch zur europäischen Identitätskrise gab es klare Worte: „Es ist schön, dass die Europäische Union den Friedensnobelpreis erhalten hat. Aber die Menschen stellen sich mit Recht noch immer die Frage: Wohin geht die Reise?“ Er teile jedenfalls die derzeit so heftig kolportierte EU-Skepsis nicht. „Das Wunder bei der EU ist doch nicht die Tatsache, dass vieles schiefeht, sondern der Umstand, dass nach wie vor so vieles gut funktioniert“, meinte Van der Bellen.

Zur Strategie des Einigungsprozesses gab er zu bedenken: Die Idee der Vereinigten Staaten von Europa sei

jahrelang sehr unpopulär gewesen, doch plötzlich tauche diese Forderung immer öfter auf. „Im Einzelnen ist eine Kopie der Strukturen der USA durchaus möglich, doch der Begriff Europäische Föderation wäre mir wesentlich sympathischer“, so der überzeugte Europäer. Und er schließt gleich einen Vergleich an: Wäre Österreich so strukturiert wie die EU, dann wäre das Europäische Parlament ein erweiterter Bundesrat und der Rat die Landeshauptleutenkonferenz ...

Van der Bellen im Klartext: Es gehe nicht darum, weitere Souveränitätsrechte nach Brüssel zu übertragen, sondern vielmehr darum, „die noch verbliebenen Reste an Souveränität Europas in einer globalisierten Wirtschaft in Brüssel transnational zu bündeln“. Dabei müsse es aber Minderheitenschutz geben, denn gegenwärtig sei Deutschland in der EU bzw. in der Währungsunion eine Vormacht, ohne die nichts gehe. „Dabei machen die Deutschen eben nur ein Sechstel der rund 500 Millionen EU-Bürger aus“, so Van der Bellen. Schlussapothekose einer profunden Analyse: „Die aktuelle europäische Finanz- und Verschuldungskrise wirft hochinteressante Fragen auf. Aber manchmal wünsche ich mir, in weniger interessanten Zeiten zu leben ...“ Der Österreichische Sparkassentag 2012 quitierte die Ausführungen des Professors mit lang anhaltendem Applaus und begeisterten Kommentaren in der anschließenden Tagungspause. -üh-



Erratum

In der letzten Ausgabe der Sparkassenzeitung wurde IV-Generalsekretär **Christoph Neumayer** in der Bildunterschrift als „IV-Chefökonom Christian Helmenstein“ bezeichnet.

Wir bedauern die Verwechslung.

EINBLICK



Milan Frühbauer

Turbulenzen aus (fast) allen Richtungen

Bald ist es überstanden: Die Jahresrückblicke 2012 haben den Höhepunkt erreicht. Sie leben meist vom Kurzzeitgedächtnis der Menschen, und kaum einer, der jetzt medial die vergangenen zwölf Monate Revue passieren lässt, macht sich auch die Mühe, das Geschehene an den Prognosen, Wünschen und Hoffnungen zu Jahresbeginn zu messen. Vielleicht ist das auch besser so, denn sonst würde uns die Kurzzeitigkeit vor allem ökonomischer Projektionen allzu schmerzlich bewusst werden. So bleibt uns wenigstens zum Jahreswechsel die begründete Hoffnung, dass die in den vergangenen Wochen von Wirtschaftsforschern und Notenbank vorgenommenen Reduktionen der Wachstumsprognosen 2013 binnen Jahresfrist ebenfalls Makulatur sein könnten.

Doch einige Zusammenhänge sind im zu Ende gehenden Jahr deutlicher denn je geworden. Da ist in erster Linie der Zusammenbruch der Illusion von der unbegrenzten Verschuldungsfähigkeit öffentlicher Haushalte zu nennen. Die vielgescholtenen und der Diabolik bezichtigten internationalen Finanzmärkte haben nämlich nichts anderes getan als stinknormale Gläubiger. Sie haben den öffentlichen Kreditnehmern deutlich signalisiert: Bis hierher und nicht weiter!

Der ewige Schulden- trauma ist ausgeträumt

Die Krise von anno 2012 war keine Krise der Gemeinschaftswährung Euro, was an dessen Wertentwicklung unschwer abgelesen werden kann. Nein, sie war und sie ist leider noch immer eine Verschuldungskrise vieler europäischer Länder, die an die schier unbeschränkte Verschuldungsfähigkeit geglaubt haben oder daran glauben wollten. Das globalwirtschaftlich Teufliche daran ist, das jetzt die Konsolidierungsbemühungen in gut einem Dutzend westlicher Industriestaaten gleichsam im Gleichschritt erfolgen müssen. Wie sagte doch der Vorsitzende des heimischen Staatsschuldenausschusses, Bernhard Felderer, in einem Interview mit dieser

Zeitung zu Jahresbeginn 2012? Wäre Österreich in die Schuldenkrise der Währungsunion mit einer Staatsschuldenquote von 30 Prozent des BIP gestartet, kein Mensch hätte sich für das Rating Österreichs interessiert.

So aber waren wir auch anfänglich im Blickpunkt der Finanzmärkte, haben wochenlang über den damals einen Keulenschlag wirkenden Verlust des Triple A bei einer Agentur diskutiert und sahen uns kurzfristig mit beachtlichen Zinsspreads konfrontiert. Erst als klar wurde, dass entlang der mediterranen Flanke der Währungsunion die Verhältnisse noch viel ausgeprägter im Argen liegen, erst dann zählten wir wieder zu jenen, denen man zumindest den Konsolidierungswillen abnahm.

Viele Theorien stimmen nicht mehr

Mittlerweile refestimmte Republik Österreich – trotz historischen Spitzenwerts in der Staatsschuldenquote – so billig wie noch nie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Auch das relativiert die Prognosen vom Beginn eines wahrlich turbulenten Jahres.

Vieles an vertrauten Theorien wird jetzt zu hinterfragen sein. Etwa bei der Wechselwirkung zwischen Zinsniveau und Wirtschaftswachstum. Wir befinden uns praktisch im fünften Jahr einer historischen Niedrigzinsphase, dennoch hat die Staatsschuldenkrise auf private Nachfrage und unternehmerische Investitionstätigkeit übergegriffen. Allen uns aus den Lehrbüchern vertrauten Zinstheorien zum Trotz. Evident bleibt, dass die Globalisierung der Weltwirtschaft die Volatilität der Entscheidungen und die Turbulenzen bei konstant geglaubten Parametern beschleunigt.

Das verschärft die Verunsicherung zum Jahreswechsel. Es tröstet aber gleichzeitig auch: Denn die Trendumkehr kommt jetzt manchmal rascher, als es die makroökonomischen Prognosemodelle signalisieren können. Ein schwacher Trost? Mag sein, aber hoffentlich nicht wishfull thinking ...

Milan Frühbauer ist Wirtschaftsjournalist. Der ehemalige Chefredakteur der Zeitschrift „industrie“ ist wirtschafts- und medienpolitischer Kommentator der Fachmedien des Manstein Verlags und Chefredakteur der Österreichischen Sparkassenzeitung.

SPARKASSEN NEWS

Zehn Kunstwerke angekauft

Der Jubiläumsfonds der Dornbirner Sparkasse feiert sein 20-jähriges Bestehen. Der heurige Schwerpunkt liegt auf bildender Kunst aus der Region. „Urbaner Raum – dörfliche Idylle“ bildet die thematische Klammer. Insgesamt wurden 2012 zehn künstlerische Arbeiten um rund 25.000 Euro angekauft und im Rahmen einer Vernissage präsentiert.



Die Vorstandsmitglieder Harald Giesinger (l.) und Werner Böhler (r.) und Bürgermeister Wolfgang Rümmele (2.v.r.) mit einigen der Künstler

sFeminin – Kundenveranstaltung für Frauen

Die Sparkasse Korneuburg lud zu ihrer bereits traditionellen sFeminin – einer Abendveranstaltung nur für Damen – in den Korneuburger Stadtsaal. Höhepunkt dieses Abends war die Buchpräsentation von Ö3-Moderatorin Claudia Stöckl. Sie las aus ihrer Publikation „Frühstück bei mir – besondere Begegnungen“.

Sparkassenhilfe für Lavamünd

Niemanden in Kärnten ließ es unberührt, als beim Jahrhundert-Hochwasser in Lavamünd das ganze Ortszentrum überschwemmt wurde. Mit vielen Initiativen im ganzen Land wird versucht, den Betroffenen zu helfen. Mitarbeiter und Kunden der Kärntner Sparkasse spendeten 60.000 Euro für die Hochwasser-Geschädigten.



VDir. Gabriele Semmelrock-Werzer, Caritas-Direktor Viktor Omelko, Sparkassen-Regionalleiter Stefan Jelen, Vizebürgermeister Josef Ruthardt, Amtsleiter Martin Laber, Betriebsrats-Vorsitzender Reinhold Berger und Filialleiter Gerald Melcher

Lienz sucht das Supertalent

Die Privatstiftung der Lienzer Sparkasse möchte talentierte Jugendliche aus Osttirol mit insgesamt 10.000 Euro fördern. Die bisher eingelangten Bewerbungen stammen von Talentierten aus den Bereichen Musik, Sport, Sprache und Handwerk. Eine Fachjury entscheidet im Jänner 2013, wer in welchem Ausmaß finanziell gefördert werden soll.

Das Christkind war heuer wieder spendabel

Die Österreicher haben heuer rund 2,6 Milliarden Euro für Weihnachtsgeschenke ausgegeben. Ein befriedigendes Ergebnis für den heimischen Einzelhandel. Kleiner Wermutstropfen: Die Zahl jener, die zu Weihnachten ein Geschenk übergeben wollten, ging zurück: Nur 81 Prozent legten heuer Geschenke unter den Baum, das sind 5 Prozent weniger als im Vorjahr.

Diese Zahlen gehen aus einer repräsentativen Umfrage des Marktforschungsinstituts Integral im Auftrag von Erste Bank und Sparkassen hervor. „Jeder Fünfte spart zu Weihnachten die Geschenke ein“, betont Manfred Bartalszky, Leiter des Produktmanagements der Erste Bank. Aber: „Diejenigen, die Geschenke kaufen, sind dabei nicht sparsamer geworden.“

Durchschnittlich wurden 451 Euro für Geschenke eingeplant, das sind immerhin um 21 Euro mehr als im letzten Jahr. Wobei Frauen spendabler sind als Männer: 458 Euro werden für die Weihnachtspräsente der Damen eingeplant, die

Herren geben sich mit 442 Euro etwas bescheidener.

Schlechte Zeit für Sparschweine
Beschenkte dürfen sich laut Umfrage übrigens geschmeichelt fühlen. Denn sieben von zehn Österreichern schlachten ihr Sparschwein und nutzen ihr Ersparnis, um Weihnachtsgeschenke kaufen zu können. 43 Prozent geben das Weihnachtsgeld vom Arbeitgeber aus. Überziehung des Kontorahmens (5 Prozent) sowie Ratenzahlung (3 Prozent) werden von den Befragten nach wie vor weitgehend gemieden. Doch auf welche Art bezahlen die Österreicher zu Weihnachten am liebsten? Immerhin rund 75 Pro-

zent bevorzugen die Bezahlung mit Bargeld. 57 Prozent nutzen ihre Bankomatkarte, und jeder Vierte zückt seine Kreditkarte. Der Kauf auf Rechnung holt um 5 Prozent auf und wird heuer von 17 Prozent der Österreicher genutzt. Das virtuelle Shopping steht mittlerweile hoch im Kurs, wenngleich der Einzelhandel nach wie vor die beliebteste Art des Weihnachtsshoppings bleibt: Drei von vier Österreichern lassen sich die weihnachtliche Einkaufsstimmung nicht entgehen und kaufen im Geschäft. Doch das Online-Shopping zieht nach: Bereits 22 Prozent der Befragten bestellen die Geschenke über das Netz, 2010 waren es nur 16 Prozent der Österreicher. Das Einkaufen via Mausclick kommt besonders bei Männern gut an, deutlich mehr Männer (27 Prozent) als Frauen (18 Prozent) kaufen die Weihnachtsgeschenke online. „Mit einem Klick können heutzutage viele Stunden Einkaufsstress vermieden werden“, so Bartalszky. Wenn die Bezahlung im Internet aber nicht sicher verläuft, kann das unangenehme Folgen haben. „Man achtet im Geschäft auch darauf, dass niemand den Pin Code sieht oder die Geldbörse stiehlt. Genauso sollte man im Internet auf seine Zahlungsdaten aufpassen“, empfiehlt Bartalszky. -afe-

Weihnachtsumfrage – Ausgaben für Geschenke

500 Befragte ab 14 Jahren, Telefonumfrage 14. – 20. Nov. 2012



Sparbuch bleibt beliebteste Anlageform

Es wird weniger gespart. 4.250 Euro wollen Herr und Frau Österreicher im Jahr 2013 sparen. Das ist knapp ein Viertel weniger als heuer.

„Das ist ein Trend, der sich schon seit Jahresbeginn durchzieht“, meint Erste-Vorstand Peter Bosek. Im zweiten Quartal 2012 planten die vom Meinungsforschungsinstitut Integral Befragten noch, 4.617 Euro auf die Seite zu legen, zu Beginn des Jahres waren es gar 5.085 Euro.

Beliebteste Anlageform bleibt das Sparbuch: Sieben von zehn Österreichern wollen auch in Zukunft auf diese Art des Sparens setzen. „Es ist eine vertraute, sichere Sparform“, so Bosek. „Wir empfehlen rund drei Nettomonatsgehälter auf dem Sparbuch zu haben, um für die Notfälle des Alltags gerüstet zu sein.“ 35 Prozent der Österreicher planen derzeit größere Anschaffungen wie eine eigene Wohnung, ein neues Auto oder eine Renovierung. Der Großteil (86 Prozent) finanziert diese Vorhaben dabei über eigene Ersparnisse. Eine konstante Zahl

von 14 Prozent nimmt sich dafür aber einen Kredit. Dabei liegt die durchschnittliche Kreditsumme bei

83.100 Euro, das ist etwas mehr als im Vergleichszeitraum 2011 (81.800 Euro). -hre-

Erste Bank Spar- und Kreditprognose

Gepante Anschaffungen und Geldanlagen der nächsten 12 Monate
Stand 3. Quartal 2012



Bei Nachhaltigkeit gibt es noch Kommunikationsbedarf

In einem eigens ermittelten Transparenz-Barometer hat PwC Österreich die nichtfinanzielle Berichterstattung von 40 Unternehmen aus ATX und Prime Market sowie die 20 größten nichtbörsennotierten Unternehmen zusammen mit 30 deutschen DAX- und 20 Schweizer SMI-Unternehmen untersucht. Es gibt noch Nachholbedarf.

Deutsche Unternehmen entscheiden das Rennen um die beste Nachhaltigkeitskommunikation klar für sich. In Österreich weisen die 20 größten Unternehmen eine bessere durchschnittliche Transparenz-Leistung als die ATX-Gesellschaften auf. Der Energiesektor führt mit einer Transparenz-Leistung von 90 Prozent erneut das Branchenranking an.

„Mehr als die Hälfte der untersuchten österreichischen Unternehmen publizieren weder integrierte Geschäftsberichte noch Nachhaltigkeitsberichte. Hier gibt es also noch einiges zu tun. Österreichs Unternehmen verbessern sich jedoch von Jahr zu Jahr“, betont Jörg Busch, Partner und Leiter Consulting bei PwC Österreich. 18 Indikatoren aus den Bereichen Governance & Ökonomie, Soziales & Gesellschaft sowie Umwelt & Klimaschutz dienen als Grundlage für die Analyse der Vollständigkeit und der Transparenz der nichtfinanziellen Berichterstattung der 110 untersuchten Unternehmen.

Spitzenreiter Deutschland

Deutschlands größte Unternehmen, die 30 im DAX gelisteten Werte, haben auch 2012 in Sachen transparente Kommunikation mit 81 Prozent klar die Nase vorn. Die ATX-Unternehmen liegen mit 52 Prozent Transparenz-Leistung auf dem dritten Rang hinter den SMI-notierten Betrieben (74 Prozent). Interessanterweise kommunizieren die 20 größten österreichischen Unternehmen mit 59 Prozent transparenter als die an der Börse gehandelten Gesellschaften.

Mit einer Transparenz-Leistung von mehr als 90 Prozent sind die EVN (92,5 Prozent) und die OMV (92,1 Prozent) Österreichs Spitzenreiter bei den ATX-Vertretern. Vorjahressieger Palfinger belegt mit 88,7 Prozent den dritten Platz. Das Ranking der nichtbörsennotierten Unternehmen führen REWE International (88,0 Prozent), Wiener Stadtwerke Holding (87,1 Prozent) und Mondi (80,8 Prozent) an.

90 Prozent der analysierten deutschen Unternehmen veröffentlichen nichtfinanzielle Entwicklungen und Projekte in integrierten Geschäftsberichten oder Nachhaltigkeitsberichten. Österreichs ATX-Betriebe erreichen mit 45 Prozent nur die Hälfte des deutschen Wertes. Die nicht im ATX vertretenen Unternehmen liegen auch hier mit 55 Prozent vorn. Drei der Top 20 unter den nichtbörsennotierten Unternehmen verschmelzen Geschäftsbericht und Nachhaltigkeits-

kommunikation zu einem integrierten Bericht.

Als Standards gelten dabei die Richtlinien der Global Reporting Initiative (GRI), die von 83 Prozent der ATX-Berichte eingehalten werden. In der Schweiz halten sich alle SMI-Unternehmen, die einen Nachhaltigkeitsbericht oder inte-

„Die Transparenz-Leistung österreichischer Banken hat zugelegt.“

grierten Bericht veröffentlichen, an diesen Orientierungsrahmen. In Deutschland sind es 89 Prozent. Insgesamt werden 73 Prozent aller Prüfungen von Nachhaltigkeitsberichten von unabhängigen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften durchgeführt, um die Transparenz zu unterstreichen und die Glaubwürdigkeit zu steigern.

Energiewirtschaft als Musterschüler

Der Branchenvergleich zeigt: Unternehmen, die in der Öffentlichkeit stehen und von kritischen Stakeholdern beobachtet werden, kommu-

nizieren transparenter, umfassender und nachvollziehbarer. So erreicht der Energiesektor mit einer Transparenz-Leistung von durchschnittlich 90 Prozent beinahe das Optimum. Der Sektor rund um Wärme und Strom gilt daher auch als Vorreiter für andere Branchen.

Auf den Plätzen folgen die Branchen Chemie und Informationstechnologie. Schlusslichter sind wie im vergangenen Jahr der Immobilien-, der Glücksspiel- und der Dienstleistungssektor, obwohl sich auch hier positive Veränderungen abzeichnen. Im Drei-Länder-Vergleich liegt Deutschland in allen Branchen vorn, die Schweiz repräsentiert die goldene Mitte, und Österreich nimmt den letzten Platz ein, jedoch mit Verbesserungen im Vergleich zum Vorjahr. Zu den Branchenverlierern gehören die Versicherungen, die heuer um drei Prozentpunkte schlechter abschneiden als letztes Jahr.

Im Vergleich dazu haben Österreichs Banken am stärksten zugelegt, während die Schweizer Geldinstitute sogar verloren haben.

Auch im Bereich Compliance herrscht in Österreich Nachholbedarf: Mit einer durchschnittlichen Transparenz-Leistung von 51 Prozent der ATX-Vertreter und 42 Prozent bei den Top-20-Unternehmen kommunizieren die Leitbetriebe nur spärlich zum Thema Compliance. -üh-



„Die Energiewirtschaft nimmt integrierte Berichte sehr ernst.“

AUSBLICK



Christine Domforth

Ohne Filialen wird es nicht gehen

Beratung braucht persönlichen Kontakt

Totgesagte leben länger. Das gilt bisher auch für die klassische Bankfiliale.

Schon beim Einzug von Geldausgabeautomaten, Kontoauszugsdruckern & Co. sagten viele Experten voraus, Banken würden immer stärker auf die Technik setzen und irgendwann ganz ohne Zweigstellen auskommen. Bisher ist das freilich nicht passiert, die Kunden können nach wie vor ihre Bankgeschäfte je nach persönlicher Vorliebe in der Filiale – am Schalter oder an diversen Selbstbedienungsgeräten – oder online durchführen.

Dieser Multi-Channel-Ansatz kommt allerdings immer stärker unter Druck. Einerseits wächst die Generation der „digital natives“ heran, die grundsätzlich alles über Online-Services und Social Media erledigt und so gut wie nie eine Bankfiliale betritt. Andererseits stehen die Geldinstitute immer stärker unter Ertragsdruck und müssen daher darauf achten, auch im klassischen Privatkundengeschäft ausreichende Deckungsbeiträge zu erwirtschaften. Soll man nun also die Zweigstellen zu Auslaufmodellen erklären und nur noch in den Ausbau des Online-Banking investieren? Das klingt zunächst durchaus sinnvoll, wäre aber bei näherer Betrachtung ein fataler Irrweg.

Cross-Selling braucht den „Schalter“

Schon der massive Einsatz der Selbstbedienungsgeräte in den Bankfoyers hat zwar vieles für die Kunden einfacher und für die Geldinstitute billiger gemacht, die Kunden kommen aber nun nicht mehr in den Schalteraum. Während der Berater am Schalter früher mit seinem Kunden ins Gespräch kam und dabei sehr oft nicht nur Überweisungen abstempelte oder Sparbuchzinsen nachtrug, sondern auch gleich einen Bau-sparvertrag für das jüngste En-

kelkind oder ein neues Produkt verkaufte, fehlt dieser direkte Kontakt heute fast völlig – und damit die Möglichkeit für ertragbringende Cross-Selling.

Routinetransaktionen erledigt man heute per Mausclick oder am Automaten. Aber auch das beste Online-Banking mit den tollsten Smartphone-Apps stößt irgendwann an seine Grenzen. Auch wenn das Zweigstellennetz in den kommenden Jahren etwas ausgedünnt werden dürfte, ganz ohne Filialen – mit hoffentlich noch kundenfreundlicheren Öffnungs- und Beratungszeiten! – wird es auch in Zukunft nicht gehen. Wegen des hartnäckigen Zinstiefs steigt die Nachfrage nach komplexeren Finanzprodukten, bei denen man zumindest die Hoffnung auf eine bescheidene Realverzinsung haben darf. Doch diese Produkte sind im Gegensatz zum biedereren Sparbuch beratungsintensiv.

Online und Beratung in Koexistenz

Wenn es um die großen Finanzentscheidungen im Leben geht – etwa um einen Kredit für Wohnungskauf oder Hausbau –, ist auch die „Generation Facebook“ in der Filiale und bei ihrem persönlichen Berater besser aufgehoben als im Internet. Firmenkunden kommen ebenso nicht völlig ohne die Zweigstelle ihrer Hausbank aus wie die Generation 50+. Die surft zwar auch eifrig im Netz, ist aber meist doch nicht ganz so technikaffin wie die Jüngeren und trifft größere Anlageentscheidungen lieber nach einem intensiven Beratungsgespräch. Statt allein auf die Technikschiene zu setzen, muss es also auch in Zukunft sowohl Online-Banking als auch Filialen geben – und zwar zu akzeptablen Gebühren. Das wird nicht einfach sein, aber im Interesse ihrer Kunden müssen die Banken diesen geschäftspolitischen Spagat bewältigen.

Christine Domforth ist freie Journalistin in Wien.

Verstädterung erfasst nun auch Österreich

Österreich gehört nach wie vor zu den EU-Ländern mit relativ geringem regionalem Einkommensgefälle. Dennoch: Der Zug in die Ballungsräume ist auch hierzulande unverkennbar.

Gerhard Poschacher

Das Land hat Schwindsucht, die Dörfer sterben, Pfarren verschwinden, Postämter werden geschlossen, Eisenbahnstrecken und kleine Schulen aufgelassen.“ So beschreibt – literarisch zugespitzt – der oberösterreichische Schriftsteller Alois Brandstetter in seinem neuen Roman „Zur Entlastung der Briefträger“ die Situation im ländlichen Raum. Dieser regional oft bedenklichen Entwicklung steht die immer deutlicher erkennbare Flucht in die Städte gegenüber. Die Landeshauptleute Häupl, Pröll und Niessl präsentierten vor einigen Monaten die aktuelle Studie über Bevölkerungsprognose und Wachstumsperspektiven der Stadtregion. Bis 2030 könnte die Bevölkerungszahl Wiens und des Speckgürtels rund um die Metropole um 400.000 ansteigen. Wien könn-

te bereits in den nächsten 20 Jahren die 2-Millionen-Einwohner-Grenze überschreiten. Derzeit leben in Wien 1.731.236 Einwohner. Die erwartete Zunahme ist auch auf den positiven Wanderungssaldo zurückzuführen. Aus diesem Grund möchten die drei Landespolitiker ihre Kooperation unter anderem mit dem Ziel verstärken, die Zersiedlung in der Stadtregion zu verhindern. Für Niederösterreich und das Burgenland besteht die große Herausforderung auch darin, den ländlichen Lebensraum attraktiver zu gestalten, um der Abwanderung vom Land entgegenzuwirken. Der neuen Publikation „Österreichs Städte in Zahlen 2011“, herausgegeben von der Statistik Austria, ist unter anderem zu entnehmen, dass die Bevölkerung in den Landeshauptstädten in den vergangenen zehn Jahren um durchschnittlich 9 Prozent angewachsen ist. Beson-

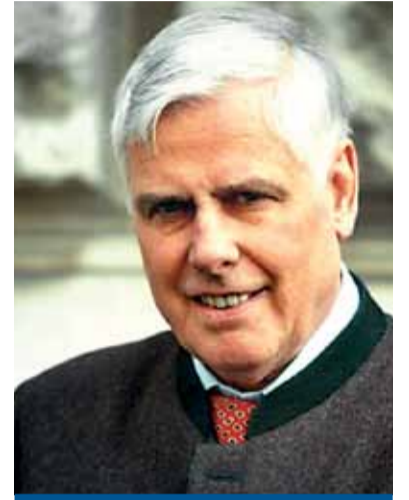
ders stark war der Zuzug nach Graz: Die steirische Landesmetropole hat bereits fast 262.000 Einwohner, gefolgt von Linz mit rund 189.400 und Salzburg mit knapp über 148.000. Zweihundert Gemeinden in Österreich haben das Stadtrecht. Die am nördlichsten gelegene Stadt Österreichs ist Litschau im Waldviertel mit knapp 2.300 Einwohnern, den südlichsten Stadt-Standort hat Ferlach in Kärnten mit 7.300 Einwohnern. Die flächenmäßig kleinste Stadt ist Rattenberg in Tirol mit 0,1 km². Laa/Thaya ist mit 84,2 Prozent landwirtschaftlich genutzter Fläche die größte „Bauernstadt“, während das oberösterreichische Mattighofen mit fast 23 Prozent den höchsten Anteil an ausländischer Bevölkerung aufweist.

Ringenspiel mit Steuergeld

In der Publikation „Österreichs Städte in Zahlen 2011“ sind viele statisti-

sche Schmäckerln über Menschen, Finanzen, Soziales, Kultur und Umwelt zu finden. Unter anderem ist auch nachzulesen, dass Bregenz mit einem Fünftel unter 20-jährigen Einwohnern die „jüngste“ Landeshauptstadt ist, während St. Pölten mit 20 Prozent über 65-Jährigen die „älteste“ Landesmetropole darstellt, obwohl sie formal die jüngste ist. Für die Regional- und Kommunalpolitik ist auch die Tatsache wichtig, dass die Zunahme bei der Bevölkerung und der Zustrom in Städte und Gemeinden mit mehr als 50.000 Einwohnern zwischen 2001 und 2011 mehr als 43 Prozent ausmachte.

Die Gesamtausgaben der Städte und Gemeinden betragen jährlich rund 29 Mrd. Euro, 42 Prozent der Aufwendungen in den Landeshauptstädten entfallen auf Dienstleistung und Verwaltung. Rund 45 Prozent aller Ausgaben der Städte und Gemein-



Gerhard Poschacher war Leiter der Abteilung für Agrarpolitik und Statistik im Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft und ist jetzt als Publizist und Berater verschiedener Organisationen tätig.



Besonders stark war in den letzten Jahren der Zuzug nach Graz.

mal einen Abzug. Die Gemeinden schicken wieder 2,5 Milliarden an die Länder zurück, vor allem für die Sozialhilfe, für die Krankenanstalten und als Landesumlage. Die Länder wiederum adressierten im Jahr 2012 etwa 800 Millionen Euro als Rückerstattung an die Gemeinden, etwa für die Kinderbetreuung, Schulen oder Feuerwehren. Der von den Ländern einbehaltene Abzug wird wiederum für notwendige Bedarfszuwendungen an jene Gemeinden verwendet, die in finanziellen Schwierigkeiten sind. Stadt und Land sind aber trotz aller föderalen Purzelbäume aufeinander angewiesen: Atmet das Land nicht mehr, haben auch Städte keine Zukunft.

Unternehmen profitieren vom historischen Zinstief

Die aktuelle Entwicklung der Zinssätze unterstützt die krisengeplagte Wirtschaft. Sparer und Anleger hingegen stöhnen. Das zeigt die von der Oesterreichischen Nationalbank veröffentlichte Statistik über die Entwicklung der Kundenzinssätze der Banken im dritten Quartal 2012.

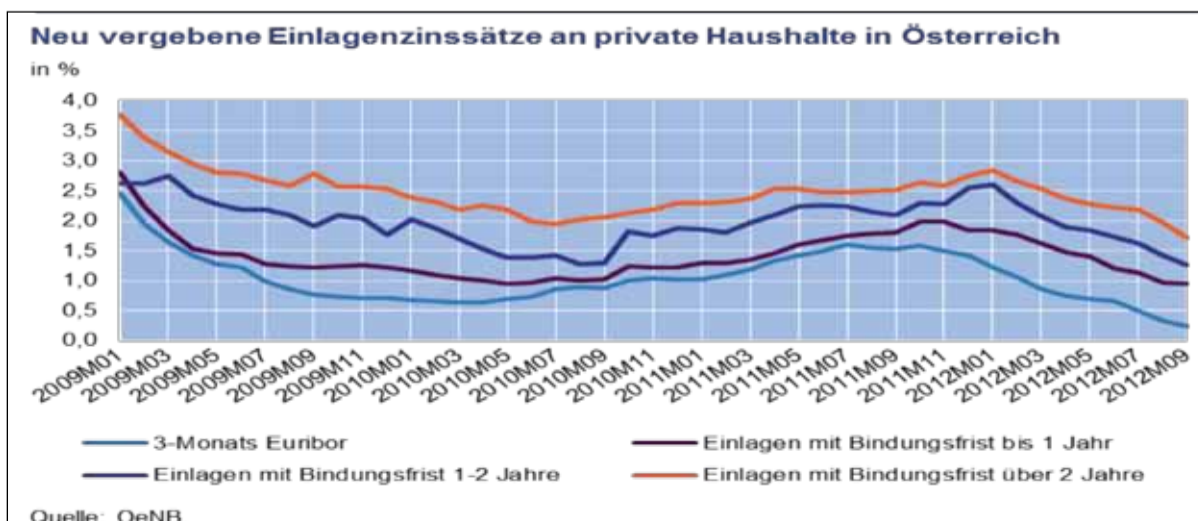
Bei neu vergebenen Unternehmenskrediten kam es im dritten Quartal des heurigen Jahres zu einem weiteren Rückgang der Zinssätze. Diese befanden sich im September 2012 mit 2,24 Prozent für Kredite bis ei-

ne Million Euro auf einem historischen Tiefststand. Für Kredite über eine Million zahlt man gar nur 1,68 Prozent Zinsen. Das niedrige Zinsniveau bei Unternehmenskrediten dürfte auch das

Wachstum bei den Kommerzkrediten begünstigt haben, das mit einer Jahreswachstumsrate von 2,7 Prozent deutlich über dem Euroraum-Durchschnitt von -1,4 Prozent lag. Gestützt durch das historisch nied-

rigste Zinsniveau entwickelte sich das Kreditvolumen von Unternehmen in Österreich mit einem Jahreswachstum von 2,7 Prozent besser als im Euroraum-Durchschnitt, wo es sogar rückläufig war.

te Haushalte war in Österreich mit einer Jahreswachstumsrate von 0,8 Prozent noch geringfügig positiv und lag über dem Euroraum-Durchschnitt, wo es praktisch zu einer Stagnation kam.



Wenig Änderung bei Wohnbaukrediten

Deutliche Verbesserungen der Kreditzinssatz-Konditionen bei privaten Haushalten waren im dritten Quartal lediglich bei Konsumkrediten erkennbar. Hier gab es einen Rückgang auf 4,43 Prozent. Bei Wohnbaukrediten waren hingegen in Österreich – insbesondere aufgrund der verzögerten Weitergabe von Marktzinsänderungen im Bauspargeschäft – kaum Änderungen der Kreditzinssätze erkennbar, so analysiert die Notenbank. Die Ausweitung der Kredite an priva-

Tiefststände bei Einlagenzinsen

Bei den Habenzinsen mussten private Haushalte weitere Rückgänge auf noch nie dagewesene Tiefststände hinnehmen. Die deutlichsten Rückgänge zum Vorquartal traten bei langfristigen Einlagen (mit Bindungsfrist von mehr als zwei Jahren), die aktuell nur noch mit durchschnittlich 1,7 Prozent verzinst werden, auf. Bei Einlagen mit einer Bindungsfrist bis zu einem Jahr lag der durchschnittliche Zinssatz in Österreich mit 0,94 Prozent sogar unter der 1 Prozent-Marke. -red-

Vom EFSF zum ESM

Die Europäische Union installiert eine neue Kapitalspritze für angeschlagene Staaten – der EFSF geht, der ESM kommt. Doch was bedeutet das für die Betroffenen, wo liegen die Unterschiede und was bezwecken die Initiatoren?

Roland L. Tassler

Als Symbol für die EU-Vertiefung stehen neue europäische Einrichtungen wie die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) und der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM). Die wesentlichen Unterschiede sind leicht erklärt. Die EFSF ist ein Provisorium mit Ablaufdatum, das bereits ab Juli 2012 durch den dauerhaften ESM hätte abgelöst werden sollen. Durch Verzögerungen im Ratifizierungsprozess kam es nicht zu dieser Ablöse. Der ESM-Vertrag trat erst Ende September in Kraft. Das Aus für den „provisorischen Schirm“ ist definitiv für Juni 2013 vorgesehen. Bis dahin werden beide Schirme gleichzeitig aufgespannt bleiben.

Bedrohte Banken direkt rekaptalisieren

Beim EU-Gipfel Mitte dieses Jahres wurde der ESM-Vertrag deutlich erweitert, so dass man von „ESM alt“ und „ESM neu“ sprechen kann. Der Unterschied liegt im Wesentlichen darin, dass bei diesem Treffen der Staats- und Regierungschefs dem

ESM ausdrücklich die Möglichkeit eingeräumt wurde, bedrohte Banken eines Mitgliedsstaates direkt zu rekaptalisieren. Für die direkte Finanzhilfe an Banken werden keine staatlichen Garantien nötig sein, was sich schonend auf die jeweiligen Staatshaushalte auswirkt.

„Bis Juni 2013 sind beide Schirme aufgespannt.“

Voraussetzung für diese Neuerung ist, dass ein funktionierender Aufsichtsmechanismus für Banken des Euroraums unter Einbeziehung der EZB eingerichtet wurde. Die, durchaus umstrittenen Vorschläge für eine neue Bankenaufsichtsstruktur hat Kommissionspräsident Barroso Mitte September im Rahmen seiner „Rede zur Lage der Union“ präsentiert. Der rechtliche Rahmen soll im Jahr 2013 finalisiert werden. Effektiv soll die EZB frühestens am 1. März 2014 in der Lage sein, ihr neues Aufsichtsmandat zu erfüllen.

Euro-Staaten sollen solvent bleiben

Ob provisorisch oder dauerhaft, direkte Kapitalspritzen oder nicht, die Zielsetzung für EFSF und ESM ist die gleiche: Die Solvenz der Euro-Mitgliedsstaaten (auf Antrag auch der anderen) soll aufrechterhalten werden. Laut ESM-Vertrag können Euro-Staaten durch eine „Stabilitätshilfe“ unterstützt werden, etwa durch Darlehen. Hier beginnen aber die Probleme mit der berühmten No-Bail-Out Clause. Artikel 125 des gültigen EU-Vertrags sieht, verkürzt wiedergegeben, folgendes vor: „Weder die Union noch die Mitgliedsstaaten haften für die Verbindlichkeiten eines anderen Mitglieds.“ Um diese Nichtbeistandsklausel zu berücksichtigen, bediente man sich des Artikels 122, der finanzielle Hilfen zulässt, wenn ein Mitgliedsstaat von Naturkatastrophen oder sonstigen gravierenden Schwierigkeiten bedroht ist.

Ob hier Geist und Buchstabe im Einklang interpretiert wurden, wird noch Generationen von Europa-rechtlern beschäftigen.

Europas Rettungsschirm

Neben den nackten Zahlen sind beim aktuellen Rettungsschirm ESM vor allem auch die Folgen für Europa von Relevanz. Guntram Wolff erklärt die Hintergründe dieses Instruments und worauf der ESM hinauslaufen wird.

Nach langen Verhandlungen hat der Euroraum nun einen Rettungsschirm geschaffen, den „Europäischen Stabilitätsmechanismus“, kurz ESM. Hauptziel des ESM ist es, Ländern, die Schwierigkeiten haben, sich zu finanzieren, den Zugang zu Krediten wieder zu ermöglichen. Ähnlich wie beim internationalen Währungsfonds werden solche Kredite nur dann vergeben, wenn das betroffene Land sich zu einem wirtschaftlichen Reformprogramm verpflichtet und dieses auch umsetzt. Die Umsetzung des Reformprogramms wird von der sogenannten Troika überwacht. Die Troika besteht aus einem Team von Experten der Europäischen Kommission, der EZB und des Internationalen Währungsfonds.

Bessere Kontrolle der Risiken im Privatsektor

Die Initiatoren des ESM gehen davon aus, dass es das oberste Ziel der Wirtschaftspolitik sein sollte, Krisen zu verhindern. Die Europäische Union hat deshalb ihre wirtschaftspolitischen Überwachungsinstrumente gestärkt. Neben stärkerer



Guntram Wolff: „Steigen die Zinsen in einem Land des Euroraums auf ein Niveau, bei dem die Refinanzierung schwierig wird, dann kann über den ESM geholfen werden.“

Überwachung der Haushaltspolitik geht es vor allem auch um eine bessere Kontrolle der Risiken im Privatsektor. Unverantwortliche Kreditvergabe und sogenannte Immobilienblasen sind mitverantwortlich für die derzeitige Krise. Bessere Überwachungsmechanismen sind deshalb wichtig und wurden auch implementiert. Jetzt müssen diese effektiv angewendet werden.

Aber selbst eine bessere Überwachung kann Krisen nicht ganz verhindern. Eine der zentralen Lehren der jüngsten Turbulenzen ist jene, dass Probleme in einer Währungsunion nicht an Grenzen haltmachen. Im Gegenteil, das Finanzsystem des Euroraums ist eng verwoben. Schwierigkeiten in Griechenland oder Portugal haben direkten Einfluss auf die Stabilität des gesamten Bankensystems Europas und damit auch auf Wachstum und Arbeitsplätze. Es ist deshalb wichtig, für den Ernstfall gewappnet zu sein.

Der Kern der Fiskalunion

Der ESM ist ein sehr wichtiges Instrument. Steigen die Zinsen in einem Land des Euroraums auf ein Niveau, bei dem die Refinanzierung schwierig wird, dann kann über den ESM geholfen werden. Dies ist im Interesse des betroffenen Landes, aber natürlich auch im Interesse der Gemeinschaft. Ohne diese Hilfe von außen könnten Länder sonst in eine Lage getrieben werden, in der ihnen nur der Austritt aus dem Euroraum oder ein unkontrollierter Staats-

EUROPA

Zinsertragsbesteuerung: Österreich blockiert für Bankgeheimnis

Beim letzten ECOFIN versuchte die Europäische Kommission erneut, sich ein Mandat für Verhandlungen mit Drittstaaten geben zu lassen. Sie will damit die Erfassung von Zinseinkünften neu regeln. Es geht dabei um Änderungen zu den Abkommen mit der Schweiz, Liechtenstein, Andorra, Monaco und San Marino. Sobald es diese Adaptierungen gibt, muss jedoch Österreich von der Quellenbesteuerung auf den automatischen Informationsaustausch umsteigen. Damit wäre das Ende des Bankgeheimnisses eingeläutet. Österreich und Luxemburg haben daher der Mandatserteilung – wie schon des Öfteren – nicht zugestimmt. Darüber wurden nun die Staats- und Regierungschefs informiert. Inhaltlich wird sich die Irische Präsidentschaft wieder mit dem Thema befassen und einen neuen Versuch starten.

Entwurf zum Krisenmanagement

Im November fand im zuständigen Ausschuss des Europäischen Parlaments eine Aussprache zu dem vom schwedischen Abgeordneten Gunnar Hökmark (EVP) vorgelegten Berichtsentwurf zum Krisenmanagement statt.

Hökmark betonte, trotz gesteigerter Rechtssicherheit ausreichend Flexibilität für die zu errichtenden Abwicklungsbehörden vorsehen zu wollen, damit im Krisenfall das jeweils geeignetste Mittel Anwendung finden kann. So lange eine Bank in den Händen der Eigentümer ist, d. h. während der Sanierungsphase, soll der Staat keine Rolle spielen. So soll z. B. der von der Kommission vorgeschlagene „Special Manager“ erst in der Abwicklungsphase bestellt werden können. Hökmark unterscheidet in dem Zusammenhang zwischen einer „Bank in der Krise“ und einer „Bankenkrise“. Bei den zur Verfügung stehenden Maßnahmen soll eine klare Linie zwischen beiden Szenarien gezogen werden. Für die systemische Bankenkrise schlägt er drei staatliche Interventionsmöglichkeiten vor: 1. Staatsgarantie, 2. Kapitalspritze und 3. Beteiligung.

Zum viel diskutierten Bail-in Instrument meinte Hökmark, dieses sei gut, solange man es nicht in der Praxis nutzen müsse. Er fordert eine bessere Definition und klare technische Ausgestaltung. Die Finanzierung der zu errichtenden Abwicklungsfonds müsse ex ante erfolgen. Dafür soll die Kreditvergabe zwischen den nationalen Fonds nur freiwillig erfolgen. Außerdem soll die Einlagensicherung nicht zur Abwicklung herangezogen werden. In diesem Punkt wurde er von allen Fraktionen unterstützt.



Gunnar Hökmark: So lange eine Bank in den Händen der Eigentümer ist, d. h. während der Sanierungsphase, soll der Staat keine Rolle spielen.

bankrott als Ausweg bliebe. Dies wiederum würde letztlich das Ende der gemeinsamen Währung bedeuten. Anders betrachtet, stellt der ESM den Kern einer neuen Fiskalunion dar. Schon den Gründungsvätern des Euro war klar, dass ein gemeinsamer Währungsraum eine Fiskalunion benötigt – wie in dem kürzlich von Harvard-Professor Harold James veröffentlichten Buch klar dargestellt. Ein Währungsraum

benötigt Mechanismen, um große Risiken abfedern zu können. Die Hoffnung der Gründungsväter war, dass Europa diese Mechanismen im Laufe der Zeit bauen würde. Keiner ahnte aber, dass dies in so turbulenten Zeiten geschehen werde.

Guntram Wolff ist Deputy Director des Bruegel-Instituts, eines 2004 gegründeter wirtschaftswissenschaftlicher Think-Tanks mit Sitz in Brüssel.

„Mit Bargeld wird das Zocken sehr schwierig“

Der jüngste Finanzskandal im Bundesland Salzburg hat nachhaltige Folgen. Die gesamte Finanzgebarung der Gebietskörperschaften muss radikal umgestellt werden. Das jedenfalls fordert wieder einmal Prof. Greifbert Barschaft, Leiter des Instituts für „Liquiditätsmanagement und Spekulationsvermeidung“. Achterbahn sprach mit ihm über brauchbare Alternativmodelle.



Unter dem Seitentitel „Achterbahn“ wollen wir einen Schuss Humor, einen halbernst-satirischen Blick auf Aktuelles und eine zusätzliche Portion pointierter Meinung ins hochseriöse Redaktionsprogramm rühren. Zum thematischen Schaukeln und gelegentlichen Verschaukeln. Sparefroh ist jedenfalls angeschnallt. Hier kann er zeigen, dass er auch Humor hat.

DAS LETZTE WORT

Die Qualitäts-Heuchler

Der Smalltalk bei Veranstaltungen aller Art hat ein neues Gesprächsthema: die Absatzschwierigkeiten bei den hochwertigen Printmedien. Die Alarmstimmung ist nicht nur hausgemacht. Aus Deutschland schwappten in den vergangenen Wochen einschlägige Hiobsbotschaften auf Österreich über. „Die Frankfurter Rundschau“ ist in einer veritablen Existenzkrise, und die „Financial Times Deutschland“ erschien am 7. Dezember zum letzten Mal. Übrigens mit Rekordauflage, die auch noch nachgedruckt werden musste ...

Die Eventgäste von Empfang und Weihnachtsfeier sind besorgt. Man habe es ja immer schon gewusst. Nivellierung an den Schulen, Mangel an Lesevorbildern im Elternhaus und dann die Lehrer selbst. Fast jeder kennt einen Pädagogen, der bestenfalls nur zur Samstag-Ausgabe einer Qualitätszeitung greift und sich dazwischen bestenfalls vom Direktor „Die Zeit“ ausborgt. Man sieht das ja auch in der U-Bahn, was die Leute alles nicht lesen. Bestenfalls lesen sie eine Gratiszeitung und dort meistens auch nur den Sport oder das TV-Programm.

Die eigenen Kinder? Also, die holen sich das, was sie brauchen, schon am Vorabend aus dem Internet. Sie verstehen, die Online-Generation, die tickt nun einmal anders ...

Aber schlimm ist es schon, wenn man bedenkt, das selbst „Presse“ und „Standard“ mit den Vertriebsverlusten zu kämpfen haben, so die besorgten Entscheidungsträger beim abendlichen Empfang. Erst jüngst, im Universitätshörsaal – man ist ja schließlich gelegentlich auch Lektor –, da musste man feststellen, dass von den angehenden Akademikern kaum noch jemand zu einer ausländischen Tageszeitung greift ...

Klar, als man selbst noch studiert hat, da griff man nach der FAZ oder Süddeutschen, wo immer sich Gelegenheit bot. Aber selbst im Kaffeehaus könne man derzeit ohne Mühe alles vom Ständer holen, wonach einem gerade der Sinn stehe. Früher, ja da musste man schon Stammgast sein, damit einem der Ober die „Neue Zürcher“ rechtzeitig zur Seite legte.

Doch wie hält man es selbst mit der täglichen Qualitätszeitung? Fragen Sie mich, persönlich? Ach, wissen Sie, ich komme einfach nicht mehr täglich dazu ... -üh-



Prof. Greifbert Barschaft: „Nur Bares ist Wahres.“

Achterbahn: Einige Gebietskörperschaften haben sich in den vergangenen Jahren mit Finanzreserven offensichtlich verzockt. Sie haben jüngst durchblicken lassen, Ihr Institut arbeite an einer revolutionären Alternative. Wie könnte die aussehen?

Barschaft: Ganz einfach, wir verabschieden uns vom bargeldlosen Zahlungsverkehr.

Wie bitte?

Schon der Volksmund, der gelegentlich am Finanzamt vorbeiredet bzw. vorbeiverdient, hat dafür einen pointierten Spruch: Nur Bares ist Wahres. Wenn Sie wissen, was ich meine ... Dieses Prinzip sollten sich eben auch Bund, Länder und Gemeinden zu eigen machen. Mit Bargeld wird das Spekulieren in Millionenhöhe sehr schwierig, wenn nicht unmöglich.

Und wie soll das funktionieren?

Wann gerät ein Beamter oder ein Gemeindepolitiker in Versuchung? Immer dann, wenn etwas auf dem Konto ist, was man nicht sofort braucht. Also muss man Maßnahmen setzen, um es erst gar nicht so weit kommen zu lassen. Wir haben folgerichtig ein Konzept erarbeitet, das der Politik und dem kritischen Bürger die absolute Sicherheit gibt, dass mit seinem Geld nichts Unrechtes passiert.

Sehen Sie da ernsthaft realistische Umsetzungsmöglichkeiten?

Selbstverständlich, der Masterplan steht in groben Zügen bereits fest. Der Bund geht mit gutem Beispiel voran. Ab Jahresmitte 2013 wird der bargeldlose Zahlungsverkehr völlig eingestellt. Alle Steuerpflichtigen

müssen den aus Steuerbescheiden bzw. Quartalsvorauszahlungen resultierenden aushaftenden Betrag bar beim Finanzamt einzahlen. Das gilt vorerst nicht für die Sozialversicherungsträger. Diese werden sich dem Konzept nicht anschließen, da sie meist ohnehin mehr Ausgaben als Einnahmen haben und somit nicht in Versuchung kommen, können liquide Mittel spekulativ anzulegen. Denken Sie an die Pensionsversicherungsanstalt, die ja laufend Bundeszuschüsse braucht.

Was heißt das für den Steuerzahler konkret?

Nun, die Finanzämter werden mit Inkasso-Stuben ausgestattet, bei denen die Steuerpflichtigen praktisch rund um die Uhr ihr Geld bar abgeben können. Die Öffnungszeiten an Feiertagen sind allerdings noch fraglich. Immerhin: Im Finanzministerium laufen die Vorarbeiten mit Hochdruck. Es wurde bereits der Auftrag gegeben, in den sanierten Räumlichkeiten des ehemaligen Winterpalais von Prinz Eugen in der Wiener Himmelfortgasse einen drei Keller tiefen Bundes-Safe zu errichten. Dort werden die Barmittel so lange gelagert, bis sie zur Begleichung von Rechnungen, Verwendung für Sozialtransfers sowie für die Übergabe an Länder und Gemeinden im Rahmen des Finanzausgleichs gebraucht werden.

Ja, aber wie kommt das Geld zu jenen, denen beispielsweise der Bund etwas schuldig ist?

Es wird eine Tochtergesellschaft gegründet: Die bundeseigene „Cash Transfer Unlimited“ wird für die rechtzeitige Versorgung aller Auftragnehmer und Gläubiger des

Bundes flächendeckend in ganz Österreich sorgen. Da werden dann eben laufend Geldtransporter im ganzen Land unterwegs sein und Bürger oder Unternehmen, die Länder und Gemeinden mit Bargeld versorgen. Die Gebietskörperschaften sind dann angehalten, das Geld bar aufzubewahren und nicht auf Konten zu bunkern. Das mindert die bereits erwähnte Versuchung.

Auch die Refinanzierung des Bundes wird – geht es nach unserem Konzept – bar erfolgen. Es werden keine Anleihen mehr begeben, sondern Anleger, die dem Staat Geld borgen wollen, müssen sich mit dem entsprechenden Barbetrag bei den Annahmestellen von „bundes-schätze cash“ einfinden.

Ist das nicht ein Rückschritt in die finanzwirtschaftliche Steinzeit, zumindest aber in das Mittelalter?

Keineswegs, das wird die moderne Form der Zahlungsmodalitäten. Durch das ständige Zählen der Barbestände und deren sicher Aufbewahrung kommt es zu einer verstärkten, emotionalen Bindung zum Geld und auch zu einem vermehrten Risikobewusstsein, wenn etwas fehlt. Das kennen wir doch alle noch von unseren Großeltern. Das schreckt die Spekulanten ab.

Was sagen denn die Notenbanker zu diesem Vorhaben?

Die Nationalbank ist vorerst auf informellem Weg bereits gebeten worden, für eine entsprechende Ausweitung der Geldmenge in Scheinen und Münzen zu sorgen. Experten weilen meinen Informationen nach mittlerweile schon in Frankfurt, um sich bei der EZB diesbezüglich Know-how zu holen.

Auch international ist das Interesse für unser Konzept beachtlich: Fachleute, die sich da auskennen, weisen darauf hin, dass dieses System im Süden Italiens sowie in einer ganzen Reihe von Dienstleistungsberufen seit Jahrzehnten bestens funktioniert. Darüber hinaus werden wir beim Berufsbild „Geldboten“ Tausende neuer Arbeitsplätze schaffen. Nicht zuletzt entgeht die öffentliche Hand auf diese Weise in eleganter Form der von ihr seit Jahren geforderten Finanztransaktionssteuer. Sie sehen also: Ein genialer Schachzug, der Arbeitsplätze schafft und Steuern spart. -üh-

IMPRESSUM: Herausgeber, Redaktion: Österreichischer Sparkassenverband, Grimmelshausengasse 1, 1030 Wien, E-Mail: info@sv.sparkasse.at
 Internet: www.sparkasse.at, Redaktion: Dkfm. Milan Frühbauer (Chefredakteur), Mag. Nicola Frimmel, Mag. Andreas Feichtenberger, Mag. Sandra Paweronschitz, Mag. Helmut Reindl; Beirat: Mag. Michael Ikrath, Mag. Michael Mauritz
 Medieninhaber, Konzeption und Gestaltung: Kommunal-Verlag, Löwelstraße 6, 1010 Wien, www.kommunalverlag.at
 Diese Ausgabe wurde am 17.12.2012 redaktionell abgeschlossen. Der Druck erfolgt auf PEFC-zertifiziertem Umlwappapier.

ERLESEN – ERHEITERT – ERLITTEN

„Keine andere Branche zelebriert ihr angeblich nahes Ende so selbstverliebt wie die Zeitungsbranche. Zeitungen sterben, Zeitungen überleben. Das nennt man Markt.“
 Chefredakteur Rainer Nowak im Presse-Editorial

„Es wurde mir versprochen, dass ich fünf Minuten mich ausdrücken kann – ohne Beschneidung.“
 Frank Stronach in einem Interview in der „Zeit im Bild 2“

„Platter: Bundesländer sind Reformer, nicht Blockierer.“
 Sensationeller Aufmacher aus dem Pressedienst des Parlaments

„Eine 92-jährige Pensionistin hat im Bezirksamt eine Überraschung erlebt: Sie sei im Frühjahr verstorben, wurde ihr dort mitgeteilt. Die Stadt spricht von einem Einzelfall.“
 Aus orf.at.